

I.

VORWORT:

WAS SAGEN KOMMUNISTEN ZUR MITBESTIMMUNG

Wir Arbeiter wollen arbeiten,

um unsere Bedürfnisse zu decken, um unsere Lebensbedingungen zu verbessern. Wir wollen für den Frieden arbeiten, weil wirs nicht nötig haben, unser Brot bei anderen Völkern zu rauben!

Wir wollen den technischen Fortschritt so verwenden, daß die zwangsläufig daraus resultierende Arbeitszeitverkürzung uns nicht in der Form der Arbeitslosigkeit "zugute" kommt; daß nicht nur sämtliche stupiden Fließbandarbeiten etc., sondern auch alle körperlich schweren und gesundheitsschädigenden Arbeiten von Automaten erledigt werden, so daß der Mensch frei wird, seine schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten, damit er sich die Natur immer mehr zu Nutze macht und sie zur Abwendung von Naturkatastrophen immer besser kontrollieren kann.

Diesem Bestreben aller werktätigen Menschen steht das kapitalistische Wirtschaftssystem im Wege!

Die Millionenmassen der Arbeiter und Angestellten in unserem Land schaffen immer mehr gesellschaftlichen Reichtum, den sich zum allergrößten Teil eine kleine Minderheit, die Finanz- und Monopolkapitalisten, aneignet und zum Schaden des ganzen Volkes verwendet und verschwendet. Die Rechtlosigkeit der Arbeiter ist die Bedingung für die uneingeschränkte Herrschaft dieser kleinen Minderheit, ist die Bedingung für die Aufrechterhaltung des Ausbeutersystems.

Das Recht ist aber nichts anderes als das juristisch festgelegte Spiegelbild des Kräfteverhältnisses zwischen der Kapitalistenklasse einerseits und der Arbeiterklasse sowie den anderen Schichten des werktät-

tigen Volkes, die im Widerspruch zu den Monopol- und Konzernherren stehen.

Wenn wir also vom Kräfteverhältnis ausgehen, wird der Prozeßcharakter des Kampfs der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen um mehr Rechte sichtbar. Der Kampf um jedes Quentchen Recht erleichtert uns den Kampf zum Sturz der Kapitalistenklasse und ihres Staatsapparats, auf dessen Trümmern wir die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen, in der die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse darüber bestimmen, wie der von ihnen geschaffene Reichtum verwendet wird.

Die Kapitalisten lassen uns nur dann arbeiten, wenn diese unsere Arbeit dem einzigen und ausschließlichen Ziele dient, Profite zu erwirtschaften,

unabhängig davon, ob unsere Bedürfnisse gedeckt werden oder nicht. Das ist nicht ihre Bosheit, sondern ihre zwangsläufige Eigenschaft als Kapitalisten. Diese Herren bringen es nicht fertig, eine einzige Wirtschaftskrise zu verhindern. Das liegt am kapitalistischen Profitsystem. Steuern und lenken zum Wohle der Menschen können wir nur im Sozialismus, in der von den Konzernherren so gefürchteten sozialistischen Planwirtschaft.

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem wird die Politik durch die Ökonomie bestimmt und nicht umgekehrt!

Diese Erkenntnis des Wissenschaftlichen Sozialismus ist die theoretische Grundlage eines jeden Kommunisten für seine praktische Arbeit.

In seinem Werk "Kapital" (Bd. 1, S. 618 - Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23, Dietz Verlag Berlin) stellt Marx dazu fest:

*"Nur als Personifikation des Kapitals ist der Kapitalist respektabel. Als solche teilt er mit dem Schatzbildner den absoluten Bereicherungstrieb. Was aber bei diesem als individuelle Manie erscheint, ist beim Kapitalisten Wirkung des gesell-*

*schaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triebrad ist. Außerdem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittels progressiver Akkumulation."*

Das ökonomische Grundgesetz des monopolistischen Kapitalismus besteht in der Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, insbesondere der zurückgebliebenen Länder und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft.

Wir hören im Gespräch mit Arbeitern, wenn wir die Kapitalisten angreifen, immer wieder das Argument: "Wenn Du Kapitalist oder Unternehmer wärst, würdest Du genauso handeln".

Mit dieser Aussage haben die Kollegen vollkommen Recht. Denn wer Unternehmer ist und bleiben will, unterliegt dem ökonomischen Grundgesetz des Kapitals, wie wir oben zitiert haben. Aber gerade weil wir keine Kapitalisten sind und auch nicht sein wollen, haben wir die Freiheit, dieses ökonomische Gesetz des Kapitals aufzuheben.

Jeder Unternehmer steht zu seinesgleichen im Konkurrenzkampf. Wer von den Kapitalisten, aus welchen Gründen auch immer, dem Gesetz des Kapitals nicht Folge leistet, wird durch die kapitalistische Enteignung bestraft, er hört sehr schnell auf, Kapitalist zu sein.

## Der Aufsichtsrat ist ein Gremium des Kapitals,

das zwangsläufig nach den Verwertungsbedingungen des Kapitals im Rahmen des ökonomischen Grundgesetzes darüber bestimmt, wie der aus Ausbeutung erpreßte Reichtum zur vermehrten Auspressung von Mehrwert aus den Kollegen des gegebenen Betriebs und der Völker der sogenannten Dritten Welt sowie zur Eroberung neuer Märkte, Einflußsphären und Rohstoffquellen verwendet werden soll. Das heißt mit anderen Worten, Konkurrenzkampf durch Krieg!

Das ist der Unterschied beispielsweise zum Betriebsrat, der ein Gremium der Arbeiter im Betrieb ist. Er unterliegt nicht zwangsläufig dem Kapitalgesetz, er hat die Interessen der Kollegen zu vertreten, die entgegengesetzt den Kapitalinteressen sind.

Jetzt sagt uns die Sozialdemokratie: Wenn die Aufsichtsräte paritätisch besetzt sind, dann werden wir mitbestimmen und Interessen der Arbeiter durchsetzen können. Wir Kommunisten sagen, das ist eine Illusion! Denn die Unternehmer sind selbst nicht in der Lage, eigenständige Entscheidungen in diesen Gremien zu fällen. Nicht ihr Kopf, nicht ihr Wollen bestimmen, ob der Betrieb die Produktion reduzieren muß, ob Arbeiter entlassen werden sollen, - dies anzunehmen wäre ein Irrtum! Denn das Kapital selbst ist es, das den Kapitalisten diktiert, wie ihre politischen Entscheidungen ausfallen, genauso wie es auch einem Vetter im Aufsichtsrat von VW diktiert wird. Wenn zum Beispiel dieser Betrieb weiter nach kapitalistischen Regeln arbeiten soll, so wird er die Arbeiter entlassen müssen, sonst wäre VW die längste Zeit VW geblieben, wäre die längste Zeit an der Spitze der Monopole gewesen!

Wenn also nicht einmal derjenige, der im Besitz der Produktionsmittel ist, über sie so bestimmen kann oder eigene Entscheidungen treffen kann, die unabhängig wären von den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie, wie sollen dann unsere Vertreter - paritätisch oder sogar mehrheitlich - über den kapitalistischen Wirtschaftsablauf mitbestimmen können! Beide, die Unter-

nehmer wie auch unsere Vertreter sind in diesen Aufsichtsratsgremien nichts anderes als Erfüllungsgehilfen des Kapitals selbst.

Die Sozialdemokratie geht davon aus, daß auch im Kapitalismus die Ökonomie durch die Politik bestimmt wird.

Das Gesetz über die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten bedeutet eine materielle Besserstellung eines Teils der Arbeiteraristokratie, nämlich der höchsten Funktionäre in der SPD und in den Gewerkschaften. Sie streben mit diesem Gesetz danach, für ihre eigenen kleinlichen Interessen in die Lebensverhältnisse eines Bourgeois zu kommen. Die alte spießbürgerliche Sehnsucht verkommener Arbeiter, durch Klassenversöhnung endlich mitreden zu können, endlich auch mal oben zu sitzen, wird durch das Gesetz für einige mehr von ihnen erfüllt und scheint anderen kleineren Funktionären greifbarer geworden zu sein. Sie sind bereit, gegen Geld ihre Freiheit zu verkaufen, nämlich die Freiheit, gegen das Kapital zu kämpfen, um das ökonomische Gesetz des Kapitals außer Kraft zu setzen. Diese Leute verkaufen sich aber nicht nur selbst, sondern in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsfunktionäre oder Betriebsräte auch große Teile der Arbeiterklasse mit. Das ist ihr Verdienst fürs Kapital, wofür sie auch bezahlt werden.

So kommen sie zwangsläufig auf den Gedanken der "paritätischen Mitbestimmung", um den Arbeitern vorzugaukeln, daß sie so ihre Interessen vertreten, denn sie werden vom Kapital nur solange bezahlt, wie es ihnen gelingt, den Burgfrieden aufrechtzuerhalten. Sie erbringen mit ihrem Mitbestimmungsmodell selber den Beweis, wie sie der ökonomischen Gesetzmäßigkeit des Kapitals zum Opfer fallen, weil sie das einzige, was dem Kapital wirklich schadet und uns Arbeitern nützt, nämlich den Klassenkampf, durch die Klassenzusammenarbeit ersetzen.

Demokratische Rechte werden abgebaut - Aufsichtsrats-  
posten werden uns nachgeschmissen!

Nur so können wir auch verstehen, warum uns die Kapitalisten dieses Gesetz über die "Mitbestimmung" in den Aufsichtsräten anbieten. Es ist der Leim, auf den wir Arbeiter kriechen sollen, um uns mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem abzufinden. Dieses Gesetz wurde von der Arbeiterklasse nicht verlangt, es wurde kein Kampf darum geführt. Noch nie wurde in unserem Land ein Gesetz verabschiedet, das im Sinne der Arbeiterklasse ist, ohne daß die Arbeiterklasse darum kämpfen mußte. Wir sollen uns den Kopf fürs Kapitalinteresse im Aufsichtsrat zerbrechen und mit den Konzernherren demokratisch abstimmen.

Abstimmen über Entscheidungen des Kapitals, die immer im unversöhnlichen Widerspruch zu unseren Arbeiterinteressen stehen. Der Vergleich sei hier angebracht: Ein Räuber überfällt, sagen wir, eine Reisegesellschaft von fünfzig Leuten. Können nun die Reisenden, weil sie in der Mehrheit sind, per Abstimmung erreichen, daß der Räuber den Überfall aufgibt? Sicher nicht! Denn er hat die Waffe und ist im Moment der Hegemon. Die Überfallenen können höchstens darüber abstimmen, bei welcher Türe die Wertgegenstände übergeben werden.

Noch schlimmer verhält es sich mit den Kapitalisten. Sie versuchen im Aufsichtsrat eine Formel zu finden, ihre verschwindende Minderheit gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen aufzuwerten, von denen sie tausendfach und millionenfach überstimmt werden. Das können sie genauso wie unser Räuber nicht zulassen. Auch sie haben die Waffen, genauso wie unser Räuber und bestimmen so über das Volk. Das Schlimme daran ist, daß wir selber die Waffen, die gegen uns stehen, produzieren mußten und daß hinter den Kapitalvertretern im Aufsichtsrat der Geldhaufen, die Fabriken, die Banken etc. stehen, kurz, der gesamtgesellschaftliche Reichtum. Die private Aneignung die-

es Reichtums durch die Kapitalisten bewirkt, daß er mit unseren Händen hergestellte Reichtum im Widerspruch zu uns gebracht wird, gegen uns verwendet wird, in der Hand der Kapitalisten zum Fluch wird!

demokratisches Recht heißt, über den gesamtgesellschaftlichen Reichtum zu verfügen. Wir haben heute die Diktatur des Kapitals und somit auch Demokratie für das Kapital. Wir Arbeiter haben nur so viele demokratische Rechte, wie wir uns gegenüber dem Kapital erkämpfen. Was bei Verhandlungen mit den Unternehmern rauskommt, möge ein Beispiel aus Pierburg verdeutlichen: Der Betriebsrat hat mit der Geschäftsleitung verhandelt. Ein Ergebnis kommt zustande - die Kolleginnen und Kollegen sind damit nicht einverstanden, sie zerreißen dieses Ergebnis und streiken weiter. Wieder wird verhandelt - ein anderes, annehmbares Ergebnis konnte den Bossen abgezwungen werden, jetzt sind die Kollegen einverstanden und nehmen an. Was bei Verhandlungen rauskommt, ist Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen den Unternehmern und uns Arbeitern. Vor Einsatz und dem Ausschöpfen aller der jeweiligen Situation entsprechenden Kampfmittel gibt es nichts zu verhandeln.

Sobald uns jetzt die Sozialdemokratie Konzernherren vorsetzen kann, die sich lauthals gegen die Aufsichtsratsmitbestimmung aussprechen, so dient das nur umso besser dazu, diesen Betrug den Arbeitermassen gegenüber als erstrebenswertes Ziel darzustellen. Die Stimmen innerhalb der Bourgeoisie, die "ernsthaft" die Beteiligung von Arbeitern in den Aufsichtsräten in Frage stellen, spiegeln nur die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie wider, wo ein Teil mehr noch die Methode des Betrugs und der Bestechung bevorzugt, während der andere Teil die Methode der offenen Gewaltherrschaft für schon zweckmäßiger hält.

## "Vorschläge der DKP für eine demokratische Mitbestimmung"

- so heißt die Broschüre der DKP, die auf ihrem Parteitag 1976 von sich behauptet: "Eher (...) geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß die Deutsche Kommunistische Partei für den Lohn 'bürgerlicher Salonfähigkeit' auch nur einen Fußbreit abweicht von den Lehren von Marx, Engels und Lenin ..."

Die DKP stellt richtig fest, daß in der Bundesrepublik der staatsmonopolistische Kapitalismus herrscht. Das hindert sie aber nicht daran, gerade unter solchen Verhältnissen die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft im Rahmen ihrer "antimonopolistischen Demokratie" zu fordern. Wir fragen Euch, was soll an diesem Staat, an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, erneuert werden? Lenin sagt, dieser Staat muß zerschlagen werden, und anstelle der kapitalistischen Gesellschaft muß die Sozialistische Gesellschaft errichtet werden. Weiter will die DKP die Parlamente in ihrer Zusammensetzung ändern, um ihre Umwandlung aus einem Herrschaftsinstrument des Großkapitals in ein Organ der Volksinteressen durchzuführen. Lenin hat dagegen festgestellt, die Parlamente sind Schwatzbuden, die als Tribünen des Klassenkampfes benützt werden können, hat aber nie davon gesprochen, sie als Herrschaftsorgane zu benützen! Das nur vorweg, um etwaige Ausreden auf den Wahlkampf und seine gesetzgeberischen Möglichkeiten in bezug auf unser Thema Mitbestimmung von vornherein klarzustellen.

Die DKP sagt jetzt richtig, "die Mitbestimmung darf nicht Mittel einer illusionären 'Sozialpartnerschaft' oder 'Klassenharmonie' sein", aber was ist es anderes als Klassenharmonie, wenn die DKP fordert:

- Unterstützung der Forderung des DGB nach paritätischer Mitbestimmung in den Aufsichtsräten,
- Ausdehnung der Mitbestimmung auf die Vorstände aller Großunternehmen,
- es genüge nicht die einfache Erweiterung der Mon-



- tan-Mitbestimmung, auch diese sei reformbedürftig,
- der "neutrale Mann" in den Aufsichtsräten sei abzuschaffen, weil erst dann von der paritätischen Zusammensetzung der Aufsichtsräte die Rede sein könne,
- für Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Wirtschafts- und Sozialräte.

Das sind so die wesentlichen Mitbestimmungsvorstellungen der DKP. Daran ändert auch nichts, wenn die Friedenspflicht, die Schweigepflicht für Aufsichtsräte und Arbeitsdirektoren aufgehoben würden, auch nichts, wenn diese Menschen jederzeit abwählbar wären.

Denn wie wir festgestellt haben, sind Aufsichtsräte selbst Organe des Kapitals und dienen ausschließlich der Zusammenarbeit mit dem Kapital. Denn was heißt es, über den Aufsichtsrat die Kontrolle bei Entlassungen zu fordern? Daß sich eben "Arbeitervertreter" beim Rausschmiß der Kollegen die Finger schmutzig machen und nicht das Kapital. Das kann sich noch viel besser vor der Entlarvung als Verursacher der Arbeitslosigkeit verstecken mit dem Argument, ihr Arbeiter könnte es ja auch nicht besser. Richtig! Weil wirs erst können, wenn der Kapitalismus gestürzt ist! Oder was soll die Forderung eines Betriebsrats, der, um Arbeitsplätze zu erhalten, die Erhöhung des Rüstungsetats fordert? Nichts anderes kann dabei herauskommen!

Es geht also überhaupt nicht um die paritätische oder sonstwie Besetzung des Aufsichtsrats, sondern es geht um die Schaffung von Gegenmachtpositionen der Arbeiterklasse. Haben wir derartige Gegenmachtpositionen geschaffen, wird ein Aufsichtsrat, auch wenn gar kein Vertreter der Arbeiter drin sitzt, das tun, was wir Arbeiter entsprechend unserer Kraft auf diesem oder jenem Gebiet diktieren! Zusammenfassend kann zur DKP gesagt werden, daß die Ursache für ihr versöhnlerisches Herangehen an die Frage der Mitbestimmung einerseits der sozialdemokratische

Irrtum ist, daß im Kapitalismus die Politik die Ökonomie bestimmen könne; daraus ergibt sich andererseits der Glaube, daß man mit Vertretern aus den Chefetagen mehr das Ansehen der Arbeiter gewinnen könne als durch die mühevollen Aufgabe, die Arbeitermassen zu mobilisieren und zum Kampf zu führen. Ihr gesamtes Konzept enthält genau ausgefeilt die Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung an allen Entscheidungen in Betrieb und Gesellschaft, als ob sich das letztlich ohne Sturz der Bourgeoisie verwirklichen ließe, als ob es darum ginge, den Sozialismus überflüssig zu machen, statt Machtpositionen im Kampf um den Sozialismus zu erringen.

Wir Kommunisten lehnen die Beteiligung der Arbeiter an den Aufsichtsräten ab!

In beharrlicher Überzeugungsarbeit gilt es, den Arbeitern klar zu machen, daß jede Form der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit sich immer zum Nutzen der Unternehmer auswirkt und daß Arbeitervertreter in den Aufsichtsräten immer Gefahr laufen, Gefangene der Unternehmer zu werden. Wo Arbeiter aufgrund vorhandener Illusionen trotzdem Gewerkschafter in die Aufsichtsräte entsenden, kommt es darauf an, in den Aufsichtsräten kompromißlos die Arbeiterinteressen, den Klassenstandpunkt zu vertreten. Dadurch werden sich die Arbeiter anhand von Tatsachen, durch ihre eigene Erfahrung von der Unmöglichkeit einer wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen in den Aufsichtsräten überzeugen und erkennen, daß der Kampf gegen das anti-gewerkschaftliche Betriebsverfassungsgesetz mit aller Entschiedenheit geführt werden muß, damit die Rechte der Betriebsräte und der Gewerkschaft gesichert und erweitert werden. Es ist notwendig, gerade wegen des classenversöhnlerischen Charakters der Beteiligung an den Aufsichtsräten, daß die entsandten Arbeitervertreter unter die strenge Kontrolle der Massen gestellt werden. Das bedeutet, daß die Arbeiter ihre Forderungen, die sie im Betrieb aufstellen und im Kampf durchsetzen wollen, gleichzeitig an die Vertre-

er in den Aufsichtsräten herantragen und von ihnen Rechenschaft über ihre Haltung und ihre gesamte Tätigkeit verlangen. Es darf nicht zugelassen werden, daß diese Vertreter mit den Konzernherren zusammen gestört kapitalistische Politik machen!

### Gegenmachtorgane aufbauen!

Das wichtigste Gegenmachtorgan, die Kommunistische Partei Deutschlands, ist zerstört und verboten. Die Vorhutorganisation der Arbeiterklasse muß aus den vorgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse wieder aufgebaut werden. Das ist die wesentliche Voraussetzung im Kampf für den Sozialismus, weil die KPD die einzige Arbeiterpartei ist, die auf der Grundlage des Wissenschaftlichen Sozialismus alle Kämpfe gegen das Kapital anzuleiten in der Lage ist. Diesem Ziel sind alle anderen Aufgaben untergeordnet, weil die Anleitung der Kommunisten und fortschrittlichen Kräfte, die heute in den verschiedenen Zirkelorganisationen bis hin zur DKP aufgesplittert sind, nicht schlagkräftig sein können.

Diesem obersten Ziel dienend gilt es, die bestehenden Massenorgane der Arbeiter, die Gewerkschaften, die Vertrauenskörper und Betriebsräte, wieder zu Kampfinstrumenten zu machen, indem sie den sozialdemokratischen Klassenversöhnern entrissen werden, so daß sie, unter der Führung klassenkämpferischer Kollegen, von den Arbeitermassen getragen werden. Jeder Lohnkampf, jeder Kampf um den Erhalt der demokratischen Rechte, jeder Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen muß genutzt werden, um die Einheitsfront der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter herzustellen, mit dem Ziel, Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu entwickeln, die den Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte gerecht werden, nämlich zur gegebenen Zeit unter Führung der KPD die Diktatur des Kapitals zu stürzen und die Diktatur der Arbeiterklasse zu errichten.

Auf diesem Wege gibt es sicherlich noch jede Menge von eigenständigen Kampforganen, die auf Zeit oder als ständige Einrichtung geschaffen werden. Das sind beispielsweise Streikkomitees, Bürgerinitiativen, Soldatenkomitees, Schutzvereine usw.

Gegenmacht ist aber auch z.B. ein weißer Fleck in der Tageszeitung, weil es die Druckerkollegen nicht zulassen, daß eine Lüge der Bourgeoisie verbreitet wird. Gegenmacht ist eine Lieder- und Theatergruppe, die proletarische Kultur der bürgerlichen Unkultur entgegenstellt. Diese Aufzählung könnte man beliebig fortsetzen. Eines ist aber klar. All diese Organe und Organisationen sind eigenständig, von der Arbeiterklasse geschaffen und ausschließlich ihrem Kampf dienend. Im Gegensatz dazu steht die Einrichtung Aufsichtsrat, die ausschließlich dem Interesse des Kapitals dienlich ist und somit dem Kampf des Kapitals gegen uns.